

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-43377](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-43377)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einfl. 1,20 Mk., für drei Monate 3,40 Mk., für sechs Monate 6,80 Mk., für ein Jahr 12,00 Mk., monatlich 1,20 Mk. einfl. Bestellsgeb.

Redaktion und Hauptredaktion Peterstr. 76
Fernsprechanschluß 58, Amt Wilhelmshaven
— Filiale Ulmenstraße 24. —

Bei den Inseraten wird die 7-gespaltene Zeitspalte oder deren Raum für die Inserenten in Ruffingen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 35 Pf.; bei Wiederholungen entsprechend herab. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen inwerdentlich, Rückzahlung 85 Pf.

52. Jahrgang.

Ruffingen, Mittwoch, den 22. Mai 1918.

Nr. 117.

Heeresberichte.

(W. L. V.) Großes Hauptquartier, 20. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Im Raumgebiet nahm die Feuerkraft am Abend und in der Nacht erheblich zu. Heute früh haben sich heftige Artilleriekämpfe entwickelt, wofür an den übrigen Kampfzonen lebhafte Gefechtsaktivität bestand. Auf dem Südrufer der Maare tritt der Gwastenberg am frühen Morgen mit starken Kräften an. Im Wille für Maare dann er ein Verdunkeln des Feindes, im Anordnen weiter vorzuringen, sicherten. Mehrere gegen Maaremont gerichtete Anstürme brachen vor dem Berge blutig zusammen.

An vielen Stellen der Front wurden die Anstöße entziffer und französischer Erkundungsvorposten abgewiesen. In Vorfeldkämpfen und einzelnen erfolgreichen Unternehmungen südlich von St. Julien machten wir Gefangene.

In letzter Nacht wurde London, Dover und andere englische Küstenorte erfolgreich mit Bomben angegriffen.

Der Erste Generalquartiermeister: v. Lubendorf.

(W. L. V.) Wien, 20. Mai. (Amtlich wird verlautbart:

An der Südwachtung beiderseits Erkundungsgruppen und Abklärer nach wie vor in regier Tätigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

Das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen und Frankreich.

Die französische Regierung hält es für geboten, in der Sache des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens das Wort zu ergreifen. Sie veröffentlicht durch Agence Havas folgende Note:

Da die französische Regierung wußte, daß die Schweizer Regierung in den Verhandlungen, die Deutschland ihr in der Frage der Kohlenlieferungen aufzudrängte, ohne Unterstützung war, bot sie ihr im Einverständnis mit ihren Alliierten und ohne irgendwelche Einschüchtern mehr als die Hälfte der Kohle, welche sie braucht, nämlich 85 000 Tonnen monatlich an und zwar zu einem Preise von 150 Franc. für die Tonne, während die Deutschen 120 Franc. forderten. Wenn die Schweiz nach dem Abkommen angenommen hätte, wäre sie von den deutschen Forderungen befreit gewesen, während die Berliner Regierung verpflichtet gewesen wäre, entsprechend den Bestimmungen eines früheren Vertrages der Schweiz 75 000 Tonnen monatlich zu liefern, als Entschädigung für elektrischen Strom, der Deutschland aus Schweizer Wasserkraftwerken geliefert wird. Der Bundesrat, der das Angebot der Schweiz ablehnte, hat die Alliierten, welche anfangs mit lebhafter Beteiligung aufgenommen hätte, sich vor der Unangenehmheit der deutschen Regierung, deren Berechnungen getauert waren, zurück und fand sich mit dem neuen Vertrag mit Deutschland ab, dessen Bedingungen nur teilweise beibehalten sind, der aber in der Hauptsache auf eine ziemlich vollständige Aufrechterhaltung der Forderungen hinauslief, denen zu entsprechen wir die Mittel gefordert hatten. Wir haben uns nicht in die Annahmen des zwischen der Schweiz und Deutschland abgeschlossenen Abkommens einzumischen, daher sind wir andererseits auch sehr überrascht gewesen zu erfahren, daß ein Artikel des vor dem Abschluß liegenden Abkommens zwischen den beiden beteiligten Regierungen ausdrücklich unter Vorbehalt erwähnt, die nur die Schweiz und die alliierten Länder angehen.

Wir können nur auf dem Standpunkt bleiben, auf dem wir seit Beginn dieser Angelegenheit unverändert stehen, nämlich unser Angebot von 85 000 Tonnen monatlich ohne Einschränkung irgendeiner Art aufrechtzuerhalten und, wenn es nicht angenommen wird, die Bundesregierung und die deutsche Regierung untereinander die Sache regeln zu lassen.

Deutsche Telegramme behaupten, wir hätten bei dieser Gelegenheit der Schweiz mit dem Wirtschaftskrieg gedroht. Der Bundesrat, der das Angebot der Schweiz mit sich selbst, niemals, es ist überflüssig dies zu sagen, war von einem Wirtschaftskrieg Frankreichs gegen die Schweiz die Rede, aber wir ließen sie nicht in Unkenntnis darüber, daß, wenn Deutschland seine Stellung gegenüber der Schweizer Republik missbilligen sollte, am 1. Juli der letzteren ein System in Anwendung zu bringen, das ihre Souveränität antasten und unangenehmlich eine Rückwirkung auf uns selbst haben würde, wir dann die Maßregeln ergreifen müßten, die uns die Folge um unsere Interessen vorschreibt. Diese Maßregeln werden nicht die Bevölkerung der Schweizer Republik, sondern die Deutschen und ihre Interessen in den Händen, die sie auszuüben suchen, treffen. Wenn übrigens der Bundesrat darauf besteht, das Abkommen abzuschließen, dessen Unterzeichnung als bevorstehend hingestellt wird, so würden wir um nichts weniger seine Freunde und die des Schweizer Volkes bleiben. Um dafür einen neuen Beweis zu geben, wären wir bereit, den in der Schweiz für uns und die alliierten Mächte anstehenden Betrieben die nötige Kohle zu liefern, um unsere Bedenken zu beseitigen, daß sie dort Arbeitslosigkeit, Elend und Unordnung hervorrufen, die sie nicht ungern ertragen würden.

Mit der Lieferung der 85 000 Tonnen französischer Kohle an die Schweiz dürfte es wohl keinen Schaden geben. Denn sonst wäre nicht einzusehen, weshalb der Schweizer Bundesrat nicht von der von Uneigennützigkeit geradezu kriegsähnlichen französischen Freigebigkeit und Hilfsbereitschaft Gebrauch macht. Das Jagen der Schweizer Regierung beweist allein, was sie auf die französische Verprechungen gibt.

Deutsche Regierungsfragen.

Das Zusammentreffen der verschiedensten Umstände macht wieder einmal die Frage aktuell, nach welchem System in Deutschland regiert werden soll. Nicht daß wir etwa eine Regierungsform hätten, die bloße Arbeitung einer solchen würde in der öffentlichen Presse sofort entschieden demontiert werden, aber der Zustand ist doch so, daß die Krise in jedem Augenblick eintreten kann.

Man kann auch nicht sagen, es sei die eine oder die andere Angelegenheit, über die die Regierung Hertling fallen müßte; selbst mit der Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Abgeordnetenhaus hat sich ja diese Regierung in aller Gemächlichkeit abgeduldet. Nicht liegt es auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Auch hier sind verschiedene Schwüre, man werde dies oder jenes verbinden oder, wenn man es nicht verbinden könne, zurücktreten, in Verlegenheit geraten. Wahrscheinlich ist auch für die Regierung Hertling und ihre Mitglieder die Zeit, in der die Minderheitsdrohung ein politisches Mittel war, vorbei. Für eine starke Regierung ist nämlich die Drohung mit ihrem Mißbrauch der stärkste Mittel, um ihren Willen durchzusetzen. Droht aber eine schwache Regierung mit dem Minderheit, dann sagt man: „Und wenn schon!“ und geht zur Tagesordnung über.

Also auf das starre System, das in anderen Kreisen gilt, ist man keineswegs eingeschmoren, Zusammenstöße, die zu einem dramatischen Ende der gegenwärtigen Regierung führen, sind nicht zu erwarten. Am richtigsten wird man ihren Zustand als den Sinnlosigkeit bezeichnen müssen. Und zwar nicht deshalb, weil an ihrer Spitze ein alter Mann steht, von dem man sagt, daß er sich einer ausgezeichneten Gesundheit erfreut, sondern aus ganz anderen Gründen.

Der Boden, auf dem die Regierung Hertling ruht, ist unerschüttert. Die Voraussetzungen, unter denen sie ins Leben trat, sind nicht weggegangen. Die Regierung Hertling war als die Vertrauensregierung einer Reichstagsmehrheit in Erscheinung getreten, was aber ist sie jetzt?

Die Zentrumsfraktion hat kürzlich den Reichskanzler ihr Vertrauen ausgesprochen. Das gleiche hat die Fortschrittliche Volkspartei gegenüber Herrn v. Bogen getan. Da die sozialdemokratische Fraktion nichtigermasse keines ihrer Mitglieder an diese Regierung abgegeben hat, brauchte sie sich nicht an die demselben Spiel der Sondervertrauensvoten zu beteiligen, das ziemlich komisch wirkt. Es kommt doch nicht darauf an, daß jede Partei zu ihrem Mann in der Regierung Vertrauen hat, sondern darauf, daß die Mehrheit zur Regierung als einem Ganzen gewonnenen Vertrauen hat. Die Parteien, die jede einzelne Partei ihrem Mann in der Regierung ausstellt, sind für die Kohe. So ist es z. B. der Fortschrittlichen Volkspartei gar nicht eingfallen, mit ihrem Vertrauensvotum für Bogen die Politik der Regierung aufzuheben zu wollen, sie wollte damit nur etwa sagen: „Rast ihn, er ist ein braver Mann, und wenn Unmuthen gemacht werden, so kann er nichts dafür.“ Solche Vertrauensvoten sind fieberndem Balsam für die Wunde eines Staatsmannes, der unter Widerständen immer leidet und immer noch glaubt, durch sein Weichen Schlimmeres verhüten zu können. Eine Stille für die Regierung bedeutet sie aber nicht.

Das einzige, was der Regierung vielleicht noch Aussicht auf längere Lebensdauer verheißt, ist der Umstand, daß niemand ein richtiges Interesse daran hat, sie zu stürzen. Für den Reichstag wäre ihr Sturz zweifellos eine Verlegenheit. Denn dann müßte es sich ja zeigen, ob es mit dem Parlamentarismus in Deutschland schon Ernst oder noch Kinderpiel ist, ob wirklich eine Mehrheit da ist, die weiß, was sie will, und die nicht duldet, daß anders als nach ihren Vorstellungen regiert wird. Die Probe würde zweifellos negativ ausfallen, denn zum ersten Mal ist sie ja schon bei der Regierung Hertling mislungen, und die Mehrheit ist indeed nicht stärker, sondern schwächer geworden.

Statt eines Fortschritts hätte man bei einem Kanzlerwechsel vielleicht eher einen Rückschritt in die Gewohnheiten der alten Zeit zu erwarten, in denen man Reichskanzler ernannte, ohne den Reichstag zu fragen. In dem Augenblick, in dem die Rechte sich stark genug fühlen wird, einen solchen Reichskanzler durchzuwählen, wird die Scharzhölzler für die gegenwärtige Regierung ihr Ende haben. Einmalen steht die Regierung Hertling zwar auf schwachen Beinen, aber sie steht, weil niemand sie stößt. Als gefährdet wird man diesen politischen Zustand keineswegs betrachten dürfen, und man kann nicht umhin, sich Gedanken darüber zu machen, was werden soll, wenn er einer plötzlichen Veränderung unterliegt.

Vom Seekrieg.

Englischer Zerstörer im Adriatischen Meere versenkt.

(W. L. V.) Wien, 18. Mai. (Amtlich wird verlautbart: Ergebnisse auf dem Meere: Einem unserer U-Boote, Kommandant Einischiffleutnant Gulek hat am 14. Mai vor Pola einen großen englischen Zerstörer durch Torpedoschuss versenkt. Das Kommando.

(W. L. V.) London, 18. Mai. (Amtlich.) Ein britischer Zerstörer ist am 14. Mai torpediert worden und gesunken. Zwei Mann wurden infolge der Explosion getötet.

In der Westküste Englands 21 000 Br.-M.-T. versenkt.

(W. L. V.) Berlin, 19. Mai. Das vom Kapitänleutnant Grünert befehligte U-Boot hat an der Westküste Englands 5 bewaffnete torpedobehaftete Dampfer mit zusammen 21 000 Br.-M.-T. versenkt. Darunter ein mindestens 8000 Br.-M.-T. großes Schiff. Namentlich festgelegt wurde bewaffneter französischer Dampfer St. Chamond (2866 Br.-M.-T.).

Der Chef des Admiralties der Marine.

Schiffsverluste.

(W. L. V.) Rotterdam, 19. Mai. Maasbode meldet: Der Segler Frans ist gesunken. Der norwegische Segler Robert ist gesunken und gesunken. Der schwedische Motorfischer John ist gesunken. Der japanische Dampfer Yam San id (4699 Br.-M.-T.) ist bei Sturm aufgelaufen.

Aus dem Westen.

Englischer Bericht vom 19. Mai, morgens.

(W. L. V.) In der letzten Nacht wurde bei Bils-sur-Mer, nordwestlich von Morlaux eine kleinere Unternehmung erfolgreich von uns unternommen. Wir verbesserten unsere Stellungen in dieser Gegend, unsere Truppen machten eine Anzahl Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Erfolgreiche Vorstöße, bei denen wir einige Gefangene machten und vier Maschinengewehre erbeuteten, wurden auch nordwestlich von Albert und bei Hamel von uns ausgeführt. Ein Vorstoß, der bei Nordostlich von Verbaue versuchte, wurde durch unser Feuer vereitelt, bevor er einige Linien erreichte.

Die Verluste der Amerikaner.

(W. L. V.) Washington, 17. Mai. Die letzte Verlustliste, die General Pershing veröffentlicht hat, enthält 120 Amerikaner, die getötet oder vermisst sind. Damit steigen die Gesamtverluste der Amerikaner seit Kriegsbeginn auf folgende Ziffern: Gefallen 220, verwundet 3009, gefangen genommen 55, vermisst 202, Gesamtzahl an Verlusten 5506.

Der Krieg mit Italien.

Italienischer Heeresbericht vom 18. Mai.

(W. L. V.) Im Val Aosta verhalte der Feind gestern in den ersten Morgenstunden vergeblich zum dritten Male, den von uns in der Nacht zum 10. Mai eroberten Monte Corno wieder zu nehmen. Zwei feindliche Abteilungen, die mit Maschinengewehren und Panzermessern ausgerüstet waren und von Artillerie stark unterstützt wurden, griffen unsere Stellungen an. Unter wirksamem Sperrfeuer genommen und von heftigem Maschinengewehr- und Infanteriefeuer getroffen, mußten sie in Unordnung zurückweichen. Zwei Panzermesser blieben in unseren Händen. Der Monte Corno ist vollständig in unserem Besitz. Andere feindliche Abteilungen wurden wiederum unter Verlusten auf dem Passo Alto, den Nordhängen des Altipiano, im Frenselatale, im Gebiet des Visone, auf der Ornicippe und bei Fener vertrieben. Drei feindliche Flugzeuge wurden an der mittleren Piave abgeschossen, davon zwei in unseren Linien und das dritte in der Gegend von Papadopoli.

Von den türk. Kriegsschauplätzen.

Der türkische Tagesbericht aus Kalaşina.

(W. L. V.) Konstantinopel, 19. Mai. Kalaşina-front: Stellenweise gesteigerte Artillerietätigkeit und Patronenlärm. Neue Angriffe der Arabellen auf die Gendabesch bei Çardum wurden abgewiesen. Die Anstreifer erlitten schwere blutige Verluste. Ein Offizier und neun Mann wurden gefangen genommen. Unsere Abklärer haben das Lager der Arabellen mit gutem Erfolge angegriffen. — Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Kämpfe in Baku mit Russen.

(W. L. V.) Konstantinopel, 19. Mai. Die Telegraphen-Agentur Milli meşru: Nach hier eingetroffenen Meldungen haben die Arabellen-Koalitionen einen Angriff auf die Muzelmanen unternommen. Täglich kommt es zu blutigen Zusammenstößen.

